

## Anlage:

Auf Grund der §§ 2, 4, 14 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) beschließt der Stadtrat der Stadt Pulsnitz in seiner Sitzung am 01.12.1998 die nachfolgende Satzung zur Fernwärmeversorgung.

# **Satzung über den Anschluss an die Fernwärmeversorgung im Gebiet der Stadt Pulsnitz**

## **( F e r n w ä r m e v e r s o r g u n g s s a t z u n g )**

### **§ 1 Fernwärmevorranggebiete**

(1) Die Stadt Pulsnitz betreibt durch die Gesellschaft Städtische Versorgungsgesellschaft GmbH die Fernwärmeversorgung im Gebiet der Stadt Pulsnitz.

(2) Die Fernwärmeversorgung umfasst das Gebiet, das durch folgende Straßenzüge begrenzt wird:

Weststraße, Dresdner Straße, Mittelbacher Straße, Straße des Friedens zur Kamenzer Straße, Gewerbegebiet Dr.-Wilhelm-Külz-Straße, Obersteinaer Weg, Spittelweg, Kapellgartenstraße, Schillerstraße, Lessingstraße, Siegesbergstraße, Grüne Straße, Fabrikstraße, Wettinstraße, Gartenstraße, Großröhrsdorfer Straße, Wittgensteiner Straße und Stadion.

Die Fernwärmeversorgung erstreckt sich damit auf folgende Gebiete:

Weststraße, Am Eierberg, Lichtenberger Straße, Dresdner Straße, Mittelbacher Straße, Straße des Friedens, Königsbrücker Straße, Am Bahnhof, Kamenzer Straße, Gewerbegebiet, Nordstraße, Spittelweg, Dr.-Wilhelm-Külz-Straße, Obersteinaer Weg, Schwedensteinweg, Kapellgartenstraße, Schillerstraße, Lessingstraße, Kühnstraße, Dr.-Michael-Straße, Siegesbergstraße, Rathenauplatz, Bischofswerdaer Straße, Ziegenbalgstraße, Wettinplatz, Wettinstraße, Julius-Kühn-Platz, Grüne Straße, Fabrikstraße, Gartenstraße, Großröhrsdorfer Straße, Wittgensteiner Straße, Waldstraße, Polzenberg, Hempelstraße und Stadion.

(3) Die Begrenzung der Fernwärmegebiete ergibt sich aus dem dieser Satzung beigelegten Lageplan der Stadt Pulsnitz. Die Fernwärmevorranggebiete sind im Lageplan rot umrandet.

### **§ 2 Anschlussnehmer, Fernwärmeabnehmer**

(1) Anschlussnehmer ist der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte, der Wohnungseigentümer, der Wohnungsbauberechtigte und sonstige zur Nutzung eines Grundstücks dingliche Berechtigte.

(2) Als Fernwärmeabnehmer gelten der Anschlussnehmer, alle sonstigen zur Entnahme von Fernwärme auf dem Grundstück Berechtigten sowie jeder, der tatsächlich Wärme entnimmt.

### **§ 3 Anschluss- / Benutzungsrecht**

(1) Jeder Eigentümer eines in den Gebieten der Fernwärmeversorgung liegenden Grundstücke ist berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Fernwärmeversorgungsanlage und die Belieferung mit Fernwärme nach Maßgabe des zu schließenden Wärmeversorgungsvertrages zu verlangen.

- (2) Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch eine Versorgungsleitung erschlossen werden. Die Grundstückseigentümer können nicht verlangen, dass eine neue Versorgungsleitung hergestellt oder eine bestehende Versorgungsleitung geändert wird.
- (3) Der Anschluss eines Grundstückes an eine bestehende Versorgungsleitung kann abgelehnt werden, wenn eine Fernwärmeversorgung wegen der Lage des Grundstückes oder aus sonstigen städtischen oder betrieblichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert.
- (4) Das Anschluss- und Benutzungsrecht besteht auch in den Fällen der Absätze 2 und 3, sofern der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die mit dem Bau und Betrieb zusammenhängenden Mehrkosten zu übernehmen und auf Verlangen Sicherheit leistet.

#### **§ 4 Anschlusszwang**

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, die in den ausgewiesenen Fernwärmevorranggebieten liegen, sind verpflichtet, diese Grundstücke an die Wärmeversorgungsanlagen anzuschließen, wenn sie an eine öffentliche Straße mit einer betriebsfertigen Versorgungsanlage grenzen oder ihren unmittelbaren Zugang zu einer solchen Straße durch einen Privatweg haben. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude zum dauernden Aufenthalt von Menschen, so ist jedes Gebäude anzuschließen. Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss vor der Schlussabnahme des Baus ausgeführt sein.
- (2) Von der Verpflichtung zum Anschluss an die Fernwärmeversorgung wird der Grundstückseigentümer auf Antrag befreit, wenn der Anschluss ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt Pulsnitz einzureichen.

#### **§ 5 Benutzungszwang**

- (1) Auf Grundstücken, die an die Fernwärmeversorgungsanlage angeschlossen sind, haben die Fernwärmeabnehmer ihren gesamten Wärmebedarf aus dieser zu decken.
- (2) Von der Verpflichtung zur Benutzung wird der Fernwärmeabnehmer auf Antrag befreit, wenn die Benutzung ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann.
- (3) Der Antrag auf Befreiung oder Teilbefreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt Pulsnitz einzureichen.

#### **§ 6 Fernwärmeversorgung**

Die Fernwärmeversorgung erfolgt durch die Städtische Versorgungsgesellschaft GmbH Pulsnitz. Die Städtische Versorgungsgesellschaft GmbH Pulsnitz schließt mit den Grundstückseigentümern und den übrigen Abnehmern Fernwärmeversorgungsverträge.

#### **§ 7 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt rückwirkend am 30.11.1993 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Fernwärmeversorgungssatzung vom 02.11.1993 außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 Sächs. Gemeindeordnung:

Nach § 4 Abs. 4 gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist

a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder

b) die Verletzung des Verfahrens oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Die Bekanntmachung des Lageplanes, der gemäß § 1 Bestandteil der Satzung ist, erfolgt durch Niederlegung im Rathaus, Am Markt 1, Bauamt, zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Dienststunden.

Pulsnitz, den 01.12.1998

S

Rückwardt  
Bürgermeister